

Der Bolivarianische Prozess: Konstituierende Macht, Partizipation und Autonomie

Dario Azzellini

„Eine der einzigartigen Charakteristiken der Bolivarianischen Revolution (...) liegt darin, dass es keine eigentliche Avantgarde gibt, die die revolutionäre politische Handlung anführt, sondern eine breite soziale Front, die aus verschiedenen Bewegungen besteht. Die einen organisiert als politische Parteien und andere, ein System von Basiskollektiven, die um die Bolivarianischen Zirkel und die diversen sozialen Missionen und Pläne gruppiert sind und mindestens 60% der Venezolaner umfassen. Dies ermöglicht, dass der Reformprozess, der beginnt die qualitativen Veränderungen zu stimulieren, in einem demokratischen Kontext vollzogen werden kann, dessen Dynamik durch Partizipation der verschiedenen Kollektive als Protagonisten bestimmt wird.“
(Sanoja Obbediente/Vargas-Arenas 2004)

Hugo Chávez gewann 1998 mit 56,4% die Präsidentschaftswahlen. Er führte einen antineoliberalen Diskurs, vor allem gegen die Privatisierung des staatlichen Erdölkonzerns *Petroleos de Venezuela S.A.* (PDVSA)¹ und versprach Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung. Am 2. Februar 1999 übernahm er das Amt. Am 25. Juli wurde die verfassungsgebende Versammlung gewählt, am 15. Dezember die neue Verfassung, die „Bolivarianische Verfassung“, via Referendum mit etwa 80% angenommen. 2000 wurde Chávez, bei Wahlen gemäß der Verfassung, mit 59,7% der Stimmen erneut Präsident. Seine Wahlkampagne wurde von fast allen linken Parteien, Basisgewerkschaften, *Indígena*-, LandarbeiterInnen- und Basisorganisationen unterstützt. Die Regierung besteht derzeit aus fünf Parteien² und baut auf einer breiten Basis auf.³

Das Projekt von Chávez, das sich in der Verfassung wieder spiegelt „enthält diverse Aspekte, die es von den in der Welt hegemonialen neoliberalen Politiken entfernen und es öffnet die Türen in Venezuela für die Einführung eines alternativen politischen Projekts. Im Rahmen der alternativen Orientierungen legt der Verfassungstext die sozialen Rechte der Basissektoren, als zentrale Pflicht des demokratischen Staates, der konsolidiert werden soll, fest“ (López Maya 2003b, S.221). Dem politischen Diskurs nach hat der Staat eine seit der Kolonialisierung historisch akkumulierte „soziale Schuld“ gegenüber den marginalisierten Massen zu bezahlen. Deswegen wurden unter Chávez Sozialausgaben und öffentliche Investitionen erhöht und zahlreiche Privatisierungen gestoppt oder rückgängig gemacht.⁴ Seit 1998 stimmen die Schwerpunkte der Regierungspolitik, Erziehung, Gesundheit und Ernährung, mit denen der Sozialen Bewegungen überein.

Die „Bolivarianische Verfassung“ führt die „partizipative Demokratie“ und die „protagonistische Rolle“ der Bevölkerung⁵ ein. 76 Artikel beschäftigen sich mit der

¹ Venezuela ist fünftgrößter Ölexporteur der Welt. Die PDVSA-Privatisierung war Ende 1997 eingeleitet worden und sollte 1999-2004 erfolgen (vgl. Tezko 2004).

² Die Wahlallianz von Chávez, ein bewegungsartiges Sammelbecken von *Movimiento V. República* (MVR), den beiden sozialistischen Parteien *Podemos* und *Patria Para Todos* (PPT), der multiethnischen *Pueblos Unidos de Amazonas* (PUAMA) sowie der indigenen *Confederación Indígena de Venezuela* (CONIVE).

³ In der traditionellen Linken erregte die nicht-orthodoxe Art Misstrauen, in der neuen Linken stieß Chávez' militärische Herkunft auf Skepsis. Die europäischen Medien berichten weitgehend negativ, da sie als Quellen die reaktionären venezolanischen Massenmedien nutzen. Und obwohl der Prozess in Sozialen Bewegungen Lateinamerikas auf Sympathie stößt, gibt es dort wie auch in Venezuela selber kaum Veröffentlichungen aus der Bewegungsforschung.

⁴ Die Anti-Privatisierungspolitik betraf v.a. die Kernbereiche von PDVSA und Basisindustrien.

⁵ Im Original heißt es „*pueblo*“, der Begriff ist aber in seiner sozial-historischen und politischen Dimension nicht mit „Volk“ zu übersetzen. Obwohl ebenfalls ungenügend, wird im weiteren Text

Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen des Staates und der Regierung. Mit Chávez werden damit zwei parallele Prozesse in Gang gesetzt: Reinstitutionalisierung und soziale Umwälzung von Unten. Zum einen werden dabei die Institutionen des Staates wieder mit institutioneller Legitimität versehen und funktionsfähig gemacht und zum anderen wird ein von Basisbewegungen getragener Prozess der sozialen Umgestaltung angestoßen. Diese Prozesse sind miteinander verwoben, komplementär und teilweise konträr. Insgesamt gilt dies als „Bolivarianischer Prozess“⁶, mit dem eine umfassende Repolitisierung der Gesellschaft verbunden ist (Medina 2003, S.85).

Der bolivarianische Prozess wirft Fragen der Macht (sowie des Verhältnisses von Staat und Macht) und der Demokratie neu auf. Hier bieten sich zur Analyse die theoretischen Vorstellungen von Gegenmacht von Michael Hardt und Antonio Negri (2002a) an.

Widerstand, Insurrektion und konstituierende Macht

Werden Gruppen, Institutionen usw. als Zivilgesellschaft bezeichnet, die eine vermittelnde Rolle mit dem Staat übernehmen, dann fällt es schwer die Opposition in Venezuela als Zivilgesellschaft zu sehen, da diese jede Vermittlung mit dem Staat ablehnt und nur die Zerschlagung des bolivarianischen Prozesses anstrebt. Die AkteurInnen der Opposition, die heute als „Zivilgesellschaft“ auftreten, repräsentieren schlicht die alte Herrschaftselite, das transnationale Kapital und kleine Sektoren nationaler Bourgeoisie. Es sind im Wesentlichen korporative Interessensvertretungen, wie die Gewerkschaft *Confederación de Trabajadores de Venezuela* (CTV) und der Unternehmerverband *Fedecameras*, die Altparteien, sowie aus ihnen entstandene neue Parteien (López Maya 2003b, S.218; Medina 2003, S.44). Dabei spielen die privaten Massenmedien, welche die Interessensartikulation und Mobilisierung übernehmen, die zentrale Rolle. Der Zivilgesellschaftsdiskurs in Venezuela geht laut Denis (2001, S.65) auf die zögerlichen Reformen der 1980er Jahre (Dezentralisierung der Verwaltungsstrukturen) zurück, die als Öffnung des Staates zur „Zivilgesellschaft“ präsentiert wurden. Es war der Versuch des delegitimierten politischen Systems, nicht-politische Eliten in das Herrschaftsmodell zu integrieren, um es zu konsolidieren (Denis 2001, S.63f). In Venezuela meinte „Zivilgesellschaft“ eine reduzierte Gruppe von Netzwerken europäischer MigrantInnen, kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Einzelpersonen, die (über Ausbildung oder Kredite) sozial aufgestiegen waren (Denis 2001, S.64f). Diese Sektoren waren jedoch ebenso wenig wie das politische System in der Lage, einen politischen Konsens herzustellen. Es wurde nur die Marginalisierung der Mehrheit gefestigt, wodurch der Legitimitätsverlust des Staates voranschritt. Daher war die Forderung aus den Unterschichten nicht die nach einer Öffnung der „Zivilgesellschaft“, sondern nach einem direkten Protagonismus der Bevölkerung und nach „konstituierender Macht“ (Denis 2001, S.66f).

Laut Antonio Negri und Michael Hardt (2002, S.28) besteht Gegenmacht aus drei Momenten – Widerstand, Insurrektion und konstituierende Macht⁷ –, die in den

pueblo mit Bevölkerung übersetzt, um Missverständnisse und Verwechslungen mit dem völkischen deutschen Begriff zu vermeiden.

⁶ In Anlehnung an Simón Bolívar, Humanist, antikolonialer Freiheitskämpfer Anfang des 19. Jahrhunderts, der von Venezuela aus für einen souveränen und republikanischen Staatenbund in Südamerika kämpfte.

⁷ Chávez zitiert zwar das Werk „Konstituierende Macht“ von Negri. Das Konzept der konstituierenden Macht in Venezuela entstand aber aus eigenen Erfahrungen. Die Übereinstimmungen mit Thesen Negris wurde erst ab Mitte der 1990er Jahre entdeckt.

klassischen Revolutionen und Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts getrennt gedacht und als jeweils einander extern angesehen wurden. Doch heute „kann ein jeder der drei Momente – Widerstand, Insurrektion und konstituierender Macht – in dem anderen beinhaltet sein und zu einer gemeinsamen Modalität politischen Ausdrucks führen“ (Hardt/Negri 2002a, S.29f). Tatsächlich sind im bolivarianischen Prozess die drei genannten Elemente zeitgleich zu beobachten: Im Widerstand gegen den politischen, ökonomischen, medialen und teilweise militärischen Druck des „Empire“, im Widerstand der Basisbewegungen gegen eine Bürokratisierung und zur Stagnation oder gar Regression führende Institutionalisierung des Prozesses, in der Insurrektion der Basisbewegungen, mit Dimensionen eines Klassenkampfes⁸ und in der konstituierenden Macht, die durch die zunehmende Partizipation und Selbstorganisation die Grundlagen für ein neues Gesellschaftsmodell vorbereitet. Die Analyse von Hardt/Negri (2002a) eignet sich im Falle von Venezuela, obwohl es sich um einen Prozess innerhalb eines nationalstaatlichen Rahmens handelt, während Hardt/Negri (2002a) das Verschwinden einer autonomen politischen Sphäre konstatieren. Dieser Widerspruch ist aber nur ein scheinbarer, denn die Schwierigkeiten des bolivarianischen Prozesses, die Gesellschaft umzuwälzen, sind deutlich. Selbst der Staat gilt nicht als erobert und es wird eine „doppelte Macht“ im Staatsapparat analysiert. „Wir haben die Regierung, aber nicht die Macht“, so der Philosoph und Mitarbeiter der Präsidentschaft Carlos Lazo im persönlichen Gespräch. Ebenso ist der Regierung und großen Teilen der bolivarianischen Bewegung klar, dass die Revolution als nationales Projekt kaum Chancen hat. Die aktuelle Phase wird im regionalen, kontinentalen und globalen Maßstab als „Akkumulation der Kräfte“ definiert.

Die Ablehnung der repräsentativen Demokratie im bolivarianischen Prozess stimmt mit Negris und Hardts theoretischen Positionen (2002a) überein. Die Tatsache allerdings, dass die bolivarianische Verfassung in Venezuela die Rolle eines Gesellschaftsvertrags einnimmt und sich Gegenmacht auf der Grundlage dieser Verfassung entwickelt, steht im scheinbaren Widerspruch⁹ zu den Thesen Negris und Hardts, die das Verständnis der modernen (repräsentativen) Demokratie eng verknüpft sehen mit der nationalen Souveränität und einem definierten nationalen Raum, und „das Volk“ als Ergebnis der Repräsentanz, als Ergebnis des vertraglichen, konstitutiven Aktes der bürgerlichen Gesellschaft und damit den Gesellschaftsvertrag als einen vereinheitlichenden Akt. Die Konsequenz, die Negri und Hardt (2002, S.31) daraus ziehen, „(d)ie einzige Erfindung, die uns nun bleibt, ist jene einer neuen Demokratie, einer absoluten Demokratie, ohne Grenzen, ohne Maß, eine Demokratie der mächtigen Multituden, nicht nur gleicher Individuen, sondern von Mächten die in gleicher Weise offen sind gegenüber der Kooperation, der Kommunikation, der Kreation“, lässt sich durchaus auf den bolivarianischen Prozess anbringen. Bisher handelt es sich noch um eine partizipative wie auch repräsentative Demokratie (Ellner 2003a), allerdings befindet sich das Verhältnis in

⁸ Der Klassenkampf drückt sich weitgehend als Kampf zwischen „Situiereten und Marginalisierten“ aus (Medina 2003, S.124) Bei allen Versuchen der ehemals herrschenden Klassen den Bolivarianischen Prozess abzuwürgen oder umzukehren, spielte die breite Eigenmobilisierung der unteren Schichten eine entscheidende Rolle, um sie abzuwehren.

⁹ Es wäre genauer zu untersuchen, inwiefern der Gesellschaftsvertrag bolivarianische Verfassung und nationaler, territorialer Rahmen realpolitischen Begebenheiten geschuldet sind, während das Projekt konzeptionell über den nationalen Rahmen hinausgeht. Die Betonung der Souveränität steht in Venezuela für die Möglichkeit einer Politik jenseits der Entscheidungsgewalt des „Empire“. Darauf deutet auch die ständige Ausrichtung des Diskurses und der Politik auf eine kontinentale Allianz und eine Kooperation der Länder des Südens hin.

ständiger Bewegung, bisher zu Gunsten einer Vertiefung der Partizipation. Für die „neue Demokratie“ gibt es nach Negri und Hardt kein Rezept.

Ü1& Vom korporativen Pakt von Punto Fijo zur sozialen und politischen Polarisierung

Nach dem Sturz der Diktatur von Pérez Jimenez 1958 unterzeichneten die bürgerlichen Parteien den Pakt von Punto Fijo. Damit teilten sie sich die Macht mit Militär, Kirche, Unternehmerverbänden sowie Gewerkschaften und marginalisierten die Linke. Diese Organisationen und Gruppen besetzten den Interaktionsraum mit dem Staat bis zur Machtübernahme von Chávez (Medina 2003, S.63). Für die Kanalisierung von Forderungen war ein dichtes Netz korporativer und klientelistischer Strukturen zuständig. Straßenprotesten wurde bis in die 1990er Jahre mit Repression begegnet (López Maya 2003b, S.217). Mit dem Erdölboom erlebte Venezuela ein „goldenes Jahrzehnt“ (1973-1983). Die traditionelle und im Parteiensystem neu aufgestiegene Oberschicht nistete sich nach der Nationalisierung des Erdöls 1976 in den Staatsbetrieben ein und beutete sie aus. Aber der Staat häufte auch Schulden an und ermöglichte der Privatwirtschaft enorme Profite. Mit Fall der Ölpreise begann der wirtschaftliche Niedergang und die rapide Verelendung weiter Teile der Bevölkerung.

Die Unruhe erfasste auch die Armee und 1982 gründeten junge Offiziere, darunter Chávez, die MBR-200 (*Movimiento Bolivariano Revolucionario 200*) als klandestine Zelle. Die politischen Vorstellungen waren damals noch vage, doch links orientiert. Sie traten in Kontakt mit VertreterInnen der in den 1960er und 1970er Jahren gescheiterten Guerillas und linken Parteien, später auch mit zahlreichen Intellektuellen und sozialen AktivistInnen. MBR-200 wurde im Laufe der 1980er Jahre eine zivil-militärische Organisation (Lopez Maya 2003a, S.100f). Diese Entwicklung der MBR-200 wurde durch zwei Besonderheiten Venezuelas ermöglicht: Die Militärakademie erhielt Anfang der 1970er Jahre universitären Status. Militärs besuchten auch öffentliche Universitäten und studierten oft nach Abschluss der Militärakademie weiter. Die MBR-200-Gründer gehörten zur ersten Offiziersgeneration, die an zivilen Universitäten studierte und nicht zur militärischen Fortbildung in die USA ging (Hellinger 2003, S.60). Hinzu kommt, dass das Militär in den jüngeren Rängen nahezu ausschließlich aus Personen der ärmsten Schichten bestand. Wer über Geld verfügte, studierte an Privatuniversitäten.

Bis 1989 galt Venezuela als Vorzeigedemokratie Lateinamerikas. Während woanders Militärdiktaturen das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell durchsetzten, waren es hier sozialdemokratische Regierungen. Doch dann kam der *caracazo*, der Aufstand gegen die neoliberale Strukturpolitik der AD-Regierung von Carlos Andrés Pérez. Seit Ende 1988 hatten hohe Inflations- und Teuerungsraten sowie Versorgungsengpässe zu einer massiven Verschlechterung der Lebenssituation geführt. Am 16. Februar 1989 kündigte Pérez ein Programm nach IWF-Vorgaben an. Subventionen und Preiskontrollen für viele öffentliche Dienstleistungen und Waren wurden aufgehoben und ein breites Privatisierungsprogramm in die Wege geleitet (Roberts 2003, S.85). Aufgrund drastischer Preiserhöhungen im Personentransport kam es am 27. Februar 1989 zu spontanen Aufständen in Caracas, einen Tag später in fast allen großen und mittleren Städte des Landes. Der Notstand wurde ausgerufen und in der folgenden Woche wurde der Aufstand von Armee und Nationalgarde nieder geschlagen. Dabei wurden zwischen 1.000 und 3.000 Menschen getötet. Der *caracazo* war ein Armenaufstand gegen die vom Neoliberalismus verschlechterten Lebensbedingungen, eine „Hungerrevolte“.

Plünderungen und Ausschreitungen hatten zunächst kein gemeinsames Ziel (López Maya 2003b, S.213). Doch in ihrem Verlauf nahm die Revolte zunehmende organisierte Formen an und entwickelte kollektive und solidarische Muster, die Aktionen wurden organisiert, spontane Formen der Selbstorganisation, „ordnende Gruppen“, entstanden.

Das Jahr 1989 stellt einen Wendepunkt in der Geschichte Venezuelas dar (Ellner 2003a, S.19; López Maya 2003a, S.102), denn damit begann der unaufhaltsame Untergang des „*System Punto Fijo*“. Die sozialen Proteste wurden im Lauf der 1990er immer breiter (López Maya 2003b, S.219). Eine Vielzahl sozialer und politischer AkteurInnen (SchülerInnen, Studierende, *Indígenas*, MinenarbeiterInnen, RentnerInnen, Stadtteilbewegungen, u.v.m.) kämpfte, angesichts des sie marginalisierenden neoliberalen Paradigmas, das keinen Raum für soziale Rechte vorsieht, für einen zentralen Platz der sozialen Rechte der Bevölkerung in der politischen Agenda. Die autonomen sozialen Kämpfe organisierten sich zunehmend und begannen in einem gemeinsamen neuen politischen Projekt zusammen zu fließen. Sie waren nicht mehr bloßer Widerstand, sondern auch schaffende, konstituierende Macht.

Nach dem Einsatz der Armee und Nationalgarde erhielt die *MBR-200* enormen Zulauf. Zwei bolivarianische Putschversuche 1992 scheiterten, woraufhin sich Chávez mit seinen Truppen in Caracas ergab und seine MitstreiterInnen via Fernsehen auffordern durfte, es ihm gleich zu tun. In einer Minute bedankte er sich bei den Beteiligten, nahm die Verantwortung für den Putsch und sein Scheitern auf sich und erklärte die gesteckten Ziele seien „*por ahora*“ – vorerst – nicht erreicht worden. Der Putschversuch war in Verbindung mit Sozialen Bewegungen organisiert worden, doch in geringem Ausmaß, konspirativ und wesentlich mit den Teilen, die aus dem bewaffneten Kampf kamen. Viele hatten sich nach ihrer militärischen und politischen Niederlage der Basisarbeit in den marginalisierten Stadtteilen gewidmet. Der Putschversuch stieß auf große Sympathie in den Bewegungen und der verarmten Bevölkerung. Denis (2001, S.31) führt folgende Gründe dafür an: es waren junge Offiziere aus den Unterschichten, ebenso wie beim *caracazo* rebellierte die Basis mit aller Gewalt gegen eine delegitimierte Führung; der Diskurs ging nicht um Ordnung, sondern um Freiheit.

Chávez´ „vorerst“ bezüglich der nicht erreichten Ziele weckte die breite Hoffnung, der Kampf habe gerade erst begonnen und verwandelte ihn langsam in die Leitfigur und Orientierung für immer größere Teile der Bevölkerung und der Bewegungen. Die „zivil-militärische Einheit“ begann sich abzuzeichnen.¹⁰ Am 27. November folgte der zweite bolivarianische Putschversuch mit deutlich größerer, auch bewaffneter, Beteiligung von Basisorganisationen. Der Aufstand scheiterte, doch die sozialen Proteste verwandelten sich zunehmend in politische (Denis 2001, S.32), sie forderten und entwickelten ein alternatives politisches System und Gesellschaftsmodell. Chávez und die bolivarianische Bewegung wirkten als Katalysator und einendes Moment für die zersplitterte Linke und die dispersen Sozialen Bewegungen. Der Wunsch nach einem grundlegenden Wechsel erhielt nun einen Namen und ein Gesicht: „Chávez, Chávez!“.

Rafael Caldera (1994-1999), bis kurz zuvor *Copei*-Führungsfigur, siegte als „Unabhängiger“ mit antineoliberalen Aussagen und der Zusage zu einer verfassungsgebenden Versammlung bei den Präsidentschaftswahlen von 1994. Doch er erfüllte beides nicht und verkündete 1996 ein hartes neoliberales Programm.

¹⁰ Die „*unión cívico-militar*“, das strategische Bündnis zwischen Militär und organisierter Bevölkerung, undenkbar in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas, gilt als ein zentraler Pfeiler des bolivarianischen Prozesses.

Von Caldera 1994 aus der Haft entlassen, bereisten die Militärs um Chávez das gesamte Land, organisierten „Bolivarianische Zirkel“ und diskutierten über Politik. 1996 existierten im gesamten Land lokale und regionale Organisationsstrukturen. An der Spitze stand und steht eine fünfköpfige Leitung aus Ex-Militärs und ZivilistInnen (López Maya 2003a, S.107f). 1997 beschloss die *MBR-200* an den Wahlen 1998 teilzunehmen, gründete die Wahlallianz *Movimiento V. República (MVR)* und stellte Chávez als Präsidentschaftskandidaten auf.

1.1 Partizipation statt Repräsentation

Mit Chávez gewann der Kandidat, der am weitesten von den traditionellen Kräften entfernt war. Seine Wahl ist das Ergebnis zunehmender sozialer Polarisierung bei gleichzeitigem Zerfall des traditionellen Repräsentationsgefüges. Roberts (2003) und Márquez (2003) sehen die Hauptursache des Niedergangs des traditionellen Gefüges in sozio-ökonomischen Faktoren. Denn Venezuela verfügte in den 1980er und 1990er Jahren über die niedrigsten Wachstumsraten und die höchste urbane Arbeitslosenquote des Kontinents sowie eine Inflationsrate, die 1996 100 Prozent erreichte (Ellner 2003a, S.33f). Der Prozentsatz der armen Bevölkerung insgesamt stieg von 36% im Jahr 1984 auf 66% im Jahr 1995, der Anteil derer, die in extremer Armut lebte, verdreifachte sich im gleichen Zeitraum von 11 auf 36% (Roberts 2003, S.80). Ende der 1990er Jahre lebten etwa 80% der Bevölkerung in Armut und waren aus politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Bildung und Gesundheitsversorgung weitgehend ausgeschlossen.

Der Philosoph Carlos Lazo beschreibt in einem persönlichen Gespräch den bisherigen Verlauf des bolivarianischen Prozesses in drei Etappen. Zunächst sei der konstituierende Prozess erfolgt, die Konsolidierung in den Wahlen 2000 und eine veränderte politische Ausrichtung, dann – von den ersten massiven Protesten der Opposition Ende 2001 über den Putsch 2002 bis zur Überwindung des „Streiks“ 2002/2003 – die beginnende Umsetzung der Verfassung sowie die Verteidigung des Prozesses verbunden mit Massenmobilisierungen und anschließend eine Phase der Vertiefung und Konsolidierung des Prozesses.

Die Regierung Chávez begann die „Renationalisierung“ des staatlichen Erdölunternehmens *Petroleos de Venezuela S.A. (PDVSA)* und arbeitete mit Erfolg an einer Stärkung der OPEC, die zu einer enormen Steigerung der Erdölpreise führte. Die Niedrigpreise waren eine Folge der neoliberalen Politik der Vorgängerregierung, die die PDVSA mit einer größeren Autonomie ausstattete. So führte die Haupteinnahmequelle des Staates immer weniger Steuern ab und arbeitete wie ein gewöhnliches transnationales Unternehmen. PDVSA-Chef Luis Giusti hatte die PDVSA für transnationales Kapital geöffnet, eine Privatisierung eingeleitet und sich von der OPEC abgewandt (Parker 2003, S.95).

In der ersten Phase der Chávez-Regierung wurden zudem die Sozial- und Erziehungsausgaben erhöht, eine Antikorruptionskampagne begonnen und streng gegen Steuerhinterziehungen vorgegangen, die vorher kaum geahndet wurden. Die Streitkräfte wurden als Faktor der „nationalen Entwicklung“ für zivile Aufgaben eingesetzt.

Die WählerInnen von Chávez kommen vorwiegend aus den Unterschichten. Auch bei Mobilisierungen zur Unterstützung des bolivarianischen Prozesses machen die Armen aus dem Westen Caracas den größten Anteil aus, die Mehrheit ist dunkelhäutig, schwarz oder indigener Herkunft. Umgekehrt sind bei Mobilisierungen der Opposition vorwiegend BewohnerInnen aus dem wohlhabenden Osten zu

sehen¹¹, die weitgehend Weiße oder helle MestizInnen sind (Hellinger 2003, S.70; Roberts 2003, S.92f). Eine entscheidende Rolle für die große Unterstützung des bolivarianische Prozesses spielt das Gefühl der Armen und Marginalisierten als Personen anerkannt zu werden, das verinnerlichte neue Gefühl das Recht zu haben, in den Institutionen mit Respekt behandelt zu werden und die Möglichkeit an kollektiven Kämpfen teilnehmen zu können, ohne Angst vor Repression haben zu müssen.

Eine zentrale konstituierende Rolle spielte hierbei der Prozess, eine neue Verfassung zu erarbeiten und zu verabschieden. Die Unterschichten und Teile der Mittelschicht begreifen die Verfassung und den Prozess als ihnen eigen. Sie wird gemeinsam gelesen, gilt als Grundlage sozialer und politischer Forderungen und bei Mobilisierungen halten viele sie hoch. Die Beteiligung der sozialen Organisationen am Entstehungsprozess der Verfassung war enorm und dynamisch. Durch den Vertrauensverlust der Parteien, sahen soziale, wie politische AkteurInnen sich als privilegiertes Subjekt, um eine neue Verfassung zu erarbeiten. NGOs und soziale Organisationen nahmen über Workshops, Kommissionen und runde Tische direkt an der verfassungsgebenden Versammlung teil. Menschenrechts-, Frauen-, Umwelt-, *Indígena*-, Basis-, Stadtteilorganisationen u.a. schlossen sich zu Gruppen zusammen und diskutierten eingereichte Vorschläge. Von 624 Vorschlägen wurden die Hälfte in die neue Verfassung aufgenommen (García-Guadilla 2003, S.240). Die neue Verfassung enthält u.a. eine komplexe und aktuelle Vision der Menschenrechte; hat Frauen-, *Indígena*- und Umweltrechte aufgenommen, den Rahmen für den Aufbau eines neuen Justizsystems gesetzt, eine neue solidarische wirtschaftliche Orientierung vorgegeben, den Militärs Wahlrecht verliehen und umfassende Möglichkeiten der Partizipation fest geschrieben. Zahlreiche Punkte widersprechen dabei der neoliberalen Orientierungen.¹² Am 13. November 2001 verabschiedete Chávez 49 Dekrete, um strukturelle Veränderungen einzuleiten. Dies war der Startschuss für massive Aktivitäten der Opposition. Der Widerstand richtete sich vornehmlich gegen das Landgesetz, das vorsieht, Land umzuverteilen und produktiv zu machen. In Venezuela besaßen 1998 20% der LandbesitzerInnen 70% des bewirtschaftbaren Bodens guter Qualität, während 75% der LandbesitzerInnen sich 6% des Landes teilten (Lemoine 2003). Zugleich gab es etwa 1,5 Millionen Landlose. Das meiste Land liegt brach, da es zu Gunsten schnellerer Gewinne aufgegeben wurde. Der einstige Agrarproduzent Venezuela importiert heute 60% der

¹¹ Nach Umfragen des Statistischen Büros Venezuelas (BEV) hätten im September 2003 51% der EinwohnerInnen Caracas Chávez gewählt und 31% ihn abgewählt. Ein näherer Blick zeigt die Konfliktlinien: Im exklusiven Vorort El Hatillo (60.246 Einw.) würden ihn 93% abwählen. In Libertador (2.061.094 Einw.) das viele Armenviertel umfasst, würden ihn 61% bestätigen und 21% abwählen. Vgl. www.aporrea.org, September 2003

¹² Darunter befindet sich: Das Verbot, ausländischer Militäranlagen oder Anlagen mit militärischem Zweck (Art. 14); die Verpflichtung des Staates, ein öffentliches kostenfreies Gesundheitssystem aufzubauen und zu finanzieren, das nicht privatisiert werden darf (Art. 84 u. 85); die Verpflichtung des Staates zum Aufbau eines solidarischen Sozialversicherungssystem und die Anerkennung der Hausarbeit als „Mehrwert und Reichtum produzierend“ und in Folge sozialversichert (Art. 86 u. 88); das weitgehende Arbeitsrecht (Art. 87-97); die kostenlose öffentliche Schulbildung (Art. 106); das Recht der indigenen Bevölkerung, auf historisch genutztes Land und Gewässer in kollektiver und unveräußerlicher Form; die Anerkennung der eigenen sozialen, politischen und ökonomischen Organisationsformen (Art. 119); das Verbot, materielle Ressourcen, orale Traditionen, Wissen und symbolische Praktiken historischer indigener Kenntnis zu patentieren (Art. 124); das Verbot Genome von Lebewesen zu patentieren (Art. 127); das Verbot zeitlich unbegrenzter Konzessionen zur Rohstoffausbeutung (Art. 156); das Verbot von Vorzugsbedingungen für ausländische Investoren (Art. 301); der Kernbereich der PDVSA verbleibt im Staatsbesitz (Art. 303); Wasser ist Gut öffentlicher Handhabe (Art. 304); Latifundien widersprechen gesellschaftlichem Interesse (Art. 307).

konsumierten Lebensmittel. Das Landgesetz legt einen maximalen Landbesitz von 100 bis 5000 Hektar fest (je nach Produktivität und Bewirtschaftungsweise); auf Land, das nicht mindestens zu 80% landwirtschaftlich genutzt wird, muss eine Strafsteuer bezahlt werden, unter bestimmten Umständen kann der Staat es enteignen (Medina 2003, S.20f).

Ein weiteres Gesetz legt neue Rahmenbedingungen für den Erdölsektor fest. Unter anderem, dass die Beteiligung des Staates an primären Aktivitäten des Sektors stets mindestens 51 Prozent betragen muss. Darüber hinaus wurden die Abgaben erhöht und die Steuern gesenkt, da Abgaben leichter zu kontrollieren sind als Steuern. Zugleich sollte PDVSA gründlich reformiert und der Zugriff des Staates wieder hergestellt werden. Die Regierung versprach, die PDVSA-Einnahmen der sozialen Entwicklung zukommen zu lassen. Es ging um die Herstellung einer makroökonomischen Stabilität als notwendige Bedingung zur Einführung der alternativen Agenda, denn die Durchführung struktureller Veränderungen würde eines weiteren Zeitrahmens bedürfen (Parker 2003, S.99). In der Folge wurde das Management der PDVSA immer mehr zu einem Zentrum oppositioneller und konspirativer Tätigkeiten.

Vorteilhafte Bedingungen für unabhängige Basismedien führten dazu, dass etwa 150 Radios und neun Stadtteil-TV-Sender entstanden sind. Nach Verabschiedung eines neuen Mediengesetzes, das gemeinsam mit Basismedien ausgearbeitet wurde, bekamen sie nach und nach Sendelizenzen und bilden heute ein bedeutendes Gegengewicht zu den oppositionellen Massenmedien, die eine Dauerkampagne gegen den bolivarianischen Prozess betreiben.

Die Mobilisierungen der Opposition erreichten – nach einem ersten, am 10. Dezember 2001 ausgerufenen Streik – im April 2002 einen neuen Höhepunkt. CTV und *Fedecamaras* erklärten einen unbefristeten Streik. Am 11. April organisierte das Oppositionsbündnis eine Massendemonstration, die zum Regierungspalast umgelenkt wurde. In der Nähe des Palastes eröffneten Unbekannte das Feuer, 19 Personen starben. Die Medien stellten dies als Massaker der Chávez-Regierung dar. Der Generalstab der Armee nahm dies zum Anlass zu putschen. Eine „Übergangsregierung“ unter der Führung des *Fedecamaras*-Vorsitzenden und mit der Unterstützung der Oppositionsparteien und dem CTV weihte sich selbst ins Amt ein und löste alle demokratischen Institutionen des Staates auf. Später stellte sich heraus, dass alles lange geplant war, Scharfschützen für die Toten sorgten und die Medien, als tragende Säule, den Putsch virtuell inszeniert hatten (Azzellini 2002). Millionen Menschen gingen trotz Repression auf die Straße und umringten den Präsidentenpalast, TV-Sender, Militärcasernen und weitere zentrale Orte der Macht. Die mittleren Ebenen der Armee weigerten sich dem Generalstab zu folgen. 47 Stunden später war die Chávez-Regierung wieder im Amt.

Anfang Dezember 2002 rief die Opposition erneut einen Streik aus. Sie versuchte nun, den Prozess ökonomisch zu erdrosseln. In PDVSA wurde von höheren Angestellten und Subunternehmen massive Sabotage und Zerstörung von Anlagen betrieben, die Erdöl- und Treibstoffproduktion sank auf etwa ein Zehntel ihres normalen Stands, was insgesamt Einnahmeausfälle von etwa zehn Milliarden Dollar verursachte. Fabriken, transnationale Unternehmen und Ketten (wie Blockbuster, McDonalds u.a.) sperrten die Beschäftigten gegen ihren Willen aus. Die Mehrheit der ArbeiterInnen war gegen den „Streik“. Der „Streik“ des Handels beschränkte sich auf die wohlhabenden Viertel Caracas', während in den 80% Armenvierteln der Stadt nicht gestreikt wurde. Der „Streik“ wurde für beendet erklärt, nachdem am 23. Januar 2003 mehrere Millionen Menschen für die Regierung demonstrierten. Dies zeigte,

dass ein Streik nicht gelingen konnte, weil die Mehrheit der Bevölkerung die Regierung unterstützte.

In PDVSA war es der Mobilisierung der Bevölkerung und den ArbeiterInnen zu verdanken, dass die Produktion nie ganz eingestellt wurde. Da der „Streik“ im Erdölsektor illegal war – es gab keine Abstimmung in der Gewerkschaft – konnte die Regierung 18.000 von 38.000 Beschäftigten und viele Verträge mit Subunternehmen wegen Nichteinhaltung kündigen. Die Zahlen sind aufschlussreich: Aus der obersten Managementebene wurden 1000 von 1250 entlassen und aus der mittleren 10.000 von 12.500 (persönliches Gespräch in PDVSA, September 2003). Interessant ist, dass PDVSA die Produktion dennoch bis April wieder im alten Umfang aufnehmen konnte.

Die Streikniederlage bedeutete eine weitere Schwächung der Opposition. Im restlichen Jahr 2003 und 2004 konzentrierte sie sich auf ein Referendum zur Abwahl von Chávez. Die Strategie zielte jedoch nicht so sehr auf die Durchführung des Referendums, das die Opposition voraussichtlich verlieren würde, sondern auf die Demontage der demokratischen Institutionen und die allgemeine Destabilisierung, um den internationalen Druck zu erhöhen oder eine Intervention der OAS zu provozieren (Azzellini 2004).

Im Bereich der Wirtschaft schreitet aktuell ein Umbau voran, der das Kooperativenwesen zu einer der wichtigsten Stützen der Wirtschaft machen will. Kooperativen entstehen in allen Bereichen und Sozialen Bewegungen. Dies obwohl ihre Bedeutung vor 1999 viel geringer war, als in anderen Staaten Lateinamerikas (Parker 2003, S.105). Gemäß der Nationalen Kooperativenaufsicht gab es 2001 etwa 1.900 Kooperativen. Ihre Anzahl stieg auf etwa 10.000 bis zum Juli 2003. Davon entstanden 4.873 Kooperativen, von denen 300.000 Familien leben, mit direkter Unterstützung der Regierung (Gobierno 2004). Ob dies tatsächlich zu einem qualitativen Umbau der Wirtschaftsstruktur führt, bleibt abzuwarten. Zur weiteren Stärkung des Kooperativenwesens wurde im März 2004 ein Gesetz verabschiedet, das alle öffentlichen Institutionen verpflichtet, bei Aufträgen bis ca. 80.000 € Kooperativen den Vorzug zu geben. Mitte März 2004 begann die ambitionöse Mission „*Vuelvan Caras*“, welche die in der Verfassung festgelegte endogene Entwicklung und solidarische Ökonomie im großen Rahmen umsetzen soll. Mit staatlicher finanzieller, personeller und technischer Unterstützung, sollen dezentral im Laufe des nächsten Jahres etwa eine Million Menschen eine Schulung in solidarischem Wirtschaften und teilweise eine Ausbildung erhalten und Kooperativen sowie Kleinbetriebe gründen.

Auf internationaler Ebene lehnte Venezuela, im Unterschied zur Regierung Brasiliens, das gesamtamerikanische Freihandelsabkommens ALCA von vorne herein strukturell ab (Parker 2004, S.105). Vorrangig für Venezuela ist eine lateinamerikanische Integration, an der stark gearbeitet wird. Langsam gewinnt auch der bisher vor allem diskursiv eingesetzte venezolanische Gegenvorschlag eines ALBA (*Alternativa Bolivariana para las Americas*) Profil und wurde in verschiedenen Sozialen Bewegungen des Kontinents aufgegriffen und weiter diskutiert. Beim ALBA steht die soziale Entwicklung im Mittelpunkt, eine wirtschaftliche Integration erfolgt schrittweise und nur in dem Maße, in dem sie für die einzelnen Sektoren der Länder nicht den Ruin oder Ausverkauf bedeuten würde. Zugleich sollen die reicheren Staaten einen Fond bilden, aus dem die Entwicklung der schwächeren Sektoren in den verschiedenen Ländern gefördert wird. Das ALBA sieht nicht die Beteiligung der USA und Kanadas vor.

&Ü1& Soziale Bewegungen im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Kooptation

Die Frage nach dem Verhältnis der Sozialen Bewegungen untereinander und zur Regierung, ihrer Selbstorganisation und ihrer Mobilisierung in Venezuela ist sehr komplex. Mit der Übernahme der Regierungsmacht sind zahlreiche AktivistInnen aus Sozialen Bewegungen in die Institutionen gegangen, was die Bewegungen teilweise geschwächt hat. Durch die enge Bindung zwischen Staat und Bewegungen, sind viele Bewegungen allerdings auch erheblich gestärkt worden. Zugleich stellt sich hier aber auch die Frage nach dem Ausmaß der Autonomie.¹³

Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Massen in Venezuela zuvor unorganisiert waren und angesichts der ständigen Angriffe auf den bolivarianischen Prozess eine Organisation zur Konsolidierung und Verteidigung desselben drängte. Hierbei bevorzugte die Regierung eine organische Selbstorganisation von unten, andererseits besteht bis heute aber eine starke Fixierung der Massen auf die Figur Chávez.

Obwohl, oder vielleicht gerade weil, sich Chávez in seinem Diskurs nicht über andere hebt, stets „*el pueblo*“ ins Zentrum stellt, dessen Teil er ist, beginnt seine Figur zu der eines „*caudillo*“ zu werden. Denis (2001) steht dem sehr kritisch gegenüber, stellt jedoch wie viele andere fest, dass die transformatorische Bewegung ohne Chávez ihre Kraft nicht in dem Umfang entwickelt hätte und unterstreicht die herausragende Rolle Chávez, der es schaffte, die verarmten Massen in ein transformatorisches politisches Projekt zu integrieren, was der Linken nie gelungen war. Chávez gelingt es in eine direkte Kommunikation mit der dispersen Masse zu treten, die in Folge der von Neoliberalismus geförderten Zersplitterung und Individualisierung keine organisatorische Einbindung hat. Zugleich wirkt er als integratives Moment für alle am Prozess beteiligten Kräfte und ist der Garant für die ständige Inklusion der Sozialen Bewegungen, denn er bildet den Ausgleich zu den meist traditionellen Praxen der an der Regierung beteiligten Parteien. Vor allem bis zum Putsch blieb es weitgehend eine Kommunikation zwischen Chávez und den Massen, die bestenfalls noch lokalen Organisationen vertrauten, während die Parteien kaum mobilisierende Wirkung entfalteten.

Die *MVR* sollte eine Wahlallianz sein, um die *MBR-200* zu schützen, doch durch den Wahlsieg, ersetzte sie diese letztlich. Sie konnte aber weder ihre partizipativen Mechanismen noch die inhaltliche Tiefe entwickeln. Zugleich ist aber zu verschiedenen Anlässen eine erstaunliche Fähigkeit der Selbstorganisation deutlich geworden. Auch folgen die Massen Chávez nicht blind. Durch eine Art kollektive Intelligenz gelingen Massenmobilisierungen, wenn sie von entscheidender Bedeutung sind und agieren auch ohne Leitung strategisch.

Ein Problem der Selbstorganisation, Kern des bolivarianischen Prozesses, liegt in der Jahrzehnte alten klientelistischen, assistentialistischen und paternalistischen Struktur. Viele VenezolanerInnen sehen sich nicht als AkteurInnen einer Veränderung (Márquez 2003, S.270). Zugleich ist die Selbstorganisation zentral, um an Programmen der Regierung beteiligt zu werden, die meist auf Eigeninitiative organisierter oder zu organisierender Gruppen und Stadtteile aufbauen.

In der assistentialistischen Kultur liegt auch begründet, warum der juristische Rahmen der Partizipation bisher in eher geringem Maße ausgeschöpft wird. So existiert beispielsweise die Möglichkeit durch „Lokale Komitees für öffentliche Planung“ (CLPP) die Lokalpolitik weitgehend mitzubestimmen. 20% der Finanzen

¹³ Die *Indígena*bewegung erreichte mehr als in anderen Staaten Lateinamerikas, obwohl in Venezuela nur etwa 1,5% der Bevölkerung indigenen Gruppen angehören. Die Bewegung steht zum Prozess, behält aber eine große Autonomie. Die Frauenbewegung, die ebenfalls viel erreichte, wurde geschwächt, da viele der Frauen in die Institutionen gingen.

sind sogar gesetzlich für Projekte der „organisierten lokalen Zivilgesellschaft“ vorbehalten. Tatsächlich geschieht dies kaum, da die CLPP oft nicht zustande kommen oder kaum funktionieren. Ein anderes Beispiel betrifft das Gesetz zum urbanen Landbesitz, das den BewohnerInnen der Armenstadtteile die Möglichkeit gibt, das Land auf dem sie wohnen, zu legalisieren. Einzige Bedingung ist die Bildung eines lokalen Komitees für städtisches Land, das als Vermittler fungiert. Es wurden zwar 2003 etwa 38.000 Titel verliehen (Gobierno 2003, S.74), in zahlreichen Armenvierteln kam das Komitee bisher jedoch nicht zustande.

Angesichts dieser Problematik lancierten Chávez und andere AktivistInnen des bolivarianischen Prozesses Mitte 2001 die „Bolivarianischen Zirkel“, damit „das Volk“, „der Souverän“, aufhört eine unorganisierte Masse zu sein, ohne Ideologie und gebunden an seinen charismatischen Führer (Chávez) in individualisierter Form, mittels klientelistischer und populistischer Praxen und Erwartungen“ (García-Guadilla 2003, S.247). Die bolivarianischen Zirkel sind Gruppen, die verschiedene soziale und kulturelle Aufgaben auf lokaler Ebene übernehmen. Doch von einfachen sozialen Organisationen unterscheidet sie, dass eine politisch-ideologische Selbstschulung intendiert ist, um den Prozess zu verteidigen und zu vertiefen. Aus diesem Grund versuchen die Zirkel auch, in den Bereichen, in denen sie aktiv sind (Nachbarschaft, ArbeiterInnen, StudentInnen, Intellektuelle, Frauen, StraßenverkäuferInnen, usw.), die Selbstorganisation und Partizipation zu fördern. Die Zirkel – in denen etwa 2,5 Millionen EinwohnerInnen Venezuelas organisiert sind – unterstützen den bolivarianischen Prozess, sind aber weder an die Regierung noch an Parteien angebunden und werden nicht von oben gegründet. Mindestens sieben Personen können jederzeit einen bolivarianischen Zirkel gründen, wenn Ziele und Arbeitsweise mit den Statuten übereinstimmen.

Eine enorme organisatorische Kraft entfalteten die verschiedenen „Missionen“ ab 2003, d.h. die auf bestimmte Ziele hin von der Regierung durchgeführten Pläne. Was vorher in diesem Ausmaß den Basisorganisationen kaum gelungen war, die massenhafte Organisation der Basis, geschah mit den Missionen „*Barrio adentro*“ (Programm mit dem 10.000 kubanische ÄrztInnen in Armenstadtteilen und marginalisierten Regionen eine kostenfreie Gesundheitsversorgung stellen und wo sie von „Gesundheitskomitees“ unterstützt werden), „*Misión Robinson*“ (Phase I: Alphabetisierung, Phase II: Grundschulabschluss; bis März 2004 wurden über eine Million Menschen alphabetisiert), „*Misión Ribas*“ (Mittelschule), „*Misión Sucre*“ (Hochschulreife) u.a.. Die Missionen entstanden als eigenständige Institutionen auf Initiative der Präsidentschaft, was auch darauf hindeutet, dass die Arbeit der Ministerien nicht richtig funktionierte. Für die Missionen meldeten sich hunderttausende Freiwillige (die z.T. Aufwandsentschädigungen erhalten), die sich entweder um die Missionen organisierten, den Basisorganisationen beitraten, die diese lokal durchführten, oder bolivarianische Zirkel bildeten.

§ 2 Korporatismus vs. Autonomie am Beispiel der Gewerkschaften

Der Gewerkschaftsverband CTV wuchs in einer Allianz mit AD. Die CTV-Führung wurde mit Posten und Abgeordnetensitzen versorgt, die CTV-Bank mit finanzieller Macht. Dafür sorgte die CTV in den traditionellen Sektoren für Ruhe. Doch die zunehmende Informalisierung des Arbeitsmarktes im Zuge der neoliberalen Politik – der Anteil der Beschäftigten im informellen Sektor stieg von 34,5% 1980 (Roberts 2003, S.81) auf etwa 56% 1998 (Márquez 2003, S.264) – und die Unterstützung von neoliberalen Politiken seitens der CTV führten dazu, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 26,4% (1988) auf 13,5% (1995) sank (Roberts 2003, S.82).

In seiner Wahlkampagne griff Chávez die CTV vehement an und verweigerte danach die Fortführung des korporativistischen Modells. Im Gegenzug konzentrierte sich die CTV-Führung auf die Opposition zu Chávez. Viele unabhängige Gewerkschaften zögerten dennoch, die CTV zu verlassen. Sie hegten den Verdacht, Ziel Chávez' sei die Gründung eines regierungsnahen Gewerkschaftsverbandes. Die neu gegründete Bolivarianische Arbeiterkraft (FBT) verstärkte diesen Eindruck noch. Innerhalb der chavistischen Gewerkschaften wurde die Frage der gewerkschaftlichen Autonomie heftig diskutiert und die FBT blieb lange eine organisierte Strömung in der CTV.

Währenddessen vernachlässigte die CTV-Führung ArbeiterInnenforderungen vollständig (Ellner 2003c, S.158) und führte die Gewerkschaft in das Oppositionsbündnis mit *Fedecameras*. Sie beteiligte sich am Putsch 2002 und organisierte gemeinsam mit *Fedecamaras* den „Streik“ im Dezember 2002/Januar 2003. Tatsächlich gestreikt wurde aber kaum, da die CTV nur wenige elitäre Sektoren und den eigenen Apparat vertrat. Die gewerkschaftlichen Ex-Bastionen der in den 1990er gespaltenen Linkspartei *La Causa R* in *Bolivar*, die Beschäftigten der Metro in Caracas und die öffentlichen Angestellten, die Teil der CTV waren und nicht als Chavistas galten, verweigerten sich dem Streik (Ellner 2003c, S. 171).

Ebenso wurde der Streik in der PDVSA von den ArbeiterInnen nicht befolgt. Tatsächlich streikten fast nur die höheren und hohen Angestellten. PDVSA konnte nur durch massive Sabotageakte weitgehend stillgelegt werden. Wieder in Betrieb genommen wurde die PDVSA vorwiegend durch ArbeiterInnen, einfache und einige wenige höhere Angestellte, zahlreiche freiwillige bereits pensionierte oder entlassene ArbeiterInnen und IngenieurInnen, unterstützt und geschützt von Zehntausenden von Menschen aus den unteren Schichten. Zahlreiche GewerkschafterInnen in den Erdölanlagen vertreten nun die Ansicht nach der erfolgreichen „Nationalisierung“ von PDVSA, gelte es jetzt den Kampf um „Sozialisierung“ zu führen.¹⁴

Nach diesen Ereignissen drängten viele unabhängige und chavistische Gewerkschaften auf die Gründung eines neuen Dachverbandes, mobilisierten dafür in der Basis und verließen die CTV. Im April 2003 begann die Gründung der UNT (Nationale Arbeiterunion) als regierungsunabhängiger aber klassenorientierter Gewerkschaftsdachverband, der den bolivarianischen Prozess unterstützt, aber seine Autonomie bewahrt. Der UNT sind über 600 Einzelgewerkschaften, darunter die wichtiger Sektoren, beigetreten. Sie hat eine 21-köpfige Leitung, die aus GewerkschaftsaktivistInnen besteht, die jederzeit abgewählt werden können. Die UNT ist nun dabei die regionalen und lokalen Verbände zu organisieren und zu strukturieren. Sollte dies gelingen, wäre es ein wichtiger Schritt für die bolivarianischen Kräfte, denen es in den ersten Jahren kaum gelungen ist, die organisierte ArbeiterInnenschaft als aktiven Teil des Prozesses zu gewinnen.

Die LandarbeiterInnenbewegungen und das Landgesetz

Die unabhängige LandarbeiterInnenbewegung in Venezuela wurde durch die neue Regierung gestärkt. Sie war vorher relativ schwach, nur in wenigen Regionen aktiv und arbeitete meist halbklandestin, da sie starken Repressalien ausgesetzt war. Die Nationalgarde und die Polizei folgten den Interessen der Großgrundbesitzer und die LandarbeiterInnen waren ständigen Übergriffen, selektiven Morden und teilweise Massakern ausgesetzt. Der Diskurs der Regierung und die Weigerung weiterhin

¹⁴ Die staatliche Kontrolle über PDVSA in Folge des Streiks führte tatsächlich zu einer andern Unternehmenspolitik. So steuert PDVSA im Jahr 2004 voraussichtlich 1,7 Milliarden Dollar für Sozialausgaben bei. Darunter auch der Bau von 3.000 Behandlungsmodulen für das Programm "*Barrio adentro*", der von dem Unternehmen übernommen wird.

repressiv im Interesse der Landbesitzer zu agieren und die neue Gesetzeslage, verschaffte den LandarbeiterInnenorganisationen größere Spielräume. So stehen die Organisationen der LandarbeiterInnen heute auf Seiten des bolivarianischen Prozesses, allerdings mit einer großen Autonomie.

Die Landverteilungen des Nationalen Agrarinstituts IAN ab 2001 führten zu einer scharfen Opposition der Großgrundbesitzer- und Viehzüchterverbände, die der Regierung vorwarfen den Privatbesitz zu missachten. Tatsächlich handelte es sich um Staatsland, das sich Großgrundbesitzer widerrechtlich angeeignet hatten (Medina 2003, S.23). Aber 2000 begann die Regierung, Landtitel auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen, die Ländereien zu vermessen, mit den Titeln abzugleichen und Land zu verteilen. Dadurch konnten bis Ende 2001 einige Tausend Familien Land bekommen. Das Land wurde meist an Kooperativen verteilt und ist nicht veräußerbar. Zugleich sollten die Kooperativen technische Unterstützung und günstige Kredite bekommen, was aber nur – auch nach dem Ende 2001 verabschiedeten Landgesetz, das den Forderungen der LandarbeiterInnenbewegung entsprach – schleppend verlief. Die Ursache dafür lag vornehmlich an den eingefahrenen Strukturen des Landwirtschaftsministeriums und an den Machtstrukturen vor Ort, die die Unterstützung weitgehend in Richtung der mittleren Bauern kanalisierte. Ein weiterer Grund war die Unzulänglichkeit des IAN. Auf Druck der LandarbeiterInnenorganisationen gründete die Regierung das Nationale Landinstitut (INTI), welches das IAN ablöste. Das INTI verteilte bis Ende 2003 fast 2,27 Millionen Hektar Staatsland an neue Kooperativen. Auch hier scheint aber die weitere Unterstützung nicht richtig zu funktionieren. Auf nationaler Ebene genießt das INTI zwar scheinbar das Vertrauen der LandarbeiterInnenorganisationen, die Vertretungen auf regionaler und lokaler Ebene sind jedoch wiederholt Ziel von Protesten gewesen. Das größte Problem der LandarbeiterInnenbewegung stellen aber die Morde an AktivistInnen dar. Killer von Großgrundbesitzern und Viehzüchtern haben in den westlichen Regionen Venezuelas seit Verabschiedung des Landgesetzes etwa 80 AktivistInnen ermordet (Lemoine 2003). Auch hier spielen die oppositionellen Medien eine unrühmliche Rolle, indem sie AktivistInnen vorwerfen, in Verbindung mit der kolumbianischen Guerilla zu stehen oder Teil der Bolivarianischen Befreiungskräfte (FBL) zu sein, einer bewaffneten venezolanischen Organisation, die in den Grenzgebieten zu Kolumbien als ländliche Selbstschutzgruppe entstanden ist.

1.5.1 Schlussfolgerungen und Aussichten

Der bolivarianische Prozess stellt mit allen Problemen und Widersprüchen einen der interessantesten sozialen Prozesse weltweit dar. Die Suche nach sozialen und ökonomischen Modellen jenseits des Neoliberalismus ist kein leichtes Terrain und es gibt keine erfolgreich erprobten Alternativen. Der Prozess ist gerade durch sein Verständnis von Prozesshaftigkeit und Partizipation und das Verhältnis Staat – Soziale Bewegungen interessant für die Bewegungsforschung und für progressive soziale und politische Bewegungen. Hinzu kommt, dass der Prozess in Venezuela, im Widerspruch zu vielen anderen Fällen, bisher eine stete Vertiefung erfahren und sich sein partizipativer und radikaldemokratischer Charakter stets vergrößert hat.

Bei Betrachtung des bolivarianischen Prozesses erinnert vieles an die Radikale Demokratie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In Venezuela wird die zentrale Aufgabe in einer Vertiefung der vor 200 Jahren begonnenen demokratischen Revolution gesehen. Zugleich geht der Diskurs nicht um Klasse, es existiert keine vorgegebene oder bevorzugte Organisationsform, weder in Struktur, noch in Inhalt

oder Orientierung. Am Prozess sind UmweltaktivistInnen, Frauen, MigrantInnen, Behinderte, *Indígenas*, Schwarze, BäuerInnen, ArbeiterInnen, Schwule und Lesben usw. mit eigenen Organisationen beteiligt. Auch wenn weiterhin große Ungleichheiten in der Anerkennung der verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse, sowohl in der Öffentlichkeit, wie auch in der Bevölkerung bestehen.

Allerdings wird der weitere Gang des Prozesses nicht nur von der Abwehr externer und interner Angriffe abhängen, sondern – was damit eng verknüpft ist – auch von seiner ökonomischen Stabilisierung. Der ökonomische Druck auf den bolivarianischen Prozess ist groß, allein von 1999 bis Ende 2002 betrug die Kapitalflucht 32 Milliarden Dollar.

Gemäß offizieller Zahlen verzeichnete Venezuela im zweiten und dritten Jahr der Chávez-Regierung einen Anstieg des BIP um 3,2 und 2,8%. Durch den Putsch und den Streik gab es 2002 einen Rückgang von 8,2% und 2003 von 9,8%. Im letzten Trimester 2003 verzeichnete Venezuela aber wieder ein enormes Wachstum. Für 2004 prognostizieren unterschiedliche Quellen ein Wachstum von 4-10%. Das würde bedeuten, dass auch die Neuorientierung der Ökonomie nach Parametern, die nicht dem neoliberalen Paradigma entsprechen, funktioniert. Die Ausstrahlung des bolivarianischen Prozesses auf andere Länder Lateinamerikas, das Auftauchen einer neuen Perspektive jenseits traditioneller linker Konzepte und des Neoliberalismus dürften in den nächsten Jahren für einige Bewegung auf dem Kontinent sorgen. Sollten Chávez und die bolivarianische Bewegung allerdings durch interne oder externe Faktoren scheitern, wäre die Rückkehr Venezuelas zu einer neoliberalen Politik sicher. Es wäre zudem ein Rückschlag für die Sozialen Bewegungen Venezuelas und die Linke Lateinamerikas. Ähnlich wie Chile 1973 könnte es ein Signal dafür sein, dass grundlegende Veränderungen gar nicht oder zumindest nicht auf friedlichem Wege möglich sind.

&U1& Literatur

Azzellini, Dario (2002): Nur 48 Stunden. Der Putsch und sein Schnelles Ende. In: *Arranca!* Nr. 27, Sommer 2002

Azzellini, Dario (2003): Der Frühling Venezuelas. In: Richter, Horst-Eberhard/Uhe, Frank (Hg.): *Aufstehen für die Menschlichkeit*. Gießen.

Azzellini, Dario (2004): The script of destabilization as applied to Venezuela; www.venezuelanalysis.com (4.3.2004)

Denis, Roland (2001): *Los fabricantes de la rebelión (Movimiento Popular; Chavismo y Sociedad en los años noventa)*. Caracas.

Ellner, Steve (2003a): Introducción. En la búsqueda de explicaciones. In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (2003): *La política venezolana en la época de Chávez*. Caracas, S.19-42

Ellner, Steve (2003c): Tendencias recientes en el movimiento laboral venezolano: Autonomía vs. Control político. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, Nr. 3/2003, S.157-178

García-Guadilla, María Pilar (2003): Sociedad civil: institucionalización, fragmentación, autonomía. In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (2003): *La política venezolana en la época de Chávez*. Caracas, S.230-251.

Gobierno Bolivariano de Venezuela (2003): *Logros 2003*. Caracas.

Gobierno Bolivariano de Venezuela (2004): *Acciones Gubernamentales, Gobierno cumple 5 años aplicando la Agenda Social*, 3. Februar 2004, www.venezuela.gov.ve

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002a): Globalizzazione e democrazia, Vortrag in der Akademie der bildenden Künste Wien, April 2001, Veröffentlicht in Documenta Kassel 11, italienische Fassung in: *Hortus Musicus*, Nr. 10, April-Juni 2002, S. 26-31

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002b): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main.

Hellinger, Daniel: Visión política general: la caída del puntofijismo y el surgimiento del chavismo. In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (2003): *La política venezolana en la época de Chávez*. Caracas, S.43-74.

INTI, Instituto Nacional de Tierras (2003): 2 años de la ley de tierras y más de 2 millones 261 mil de hectáreas, www.inti.gov.ve

Lemoine, Maurice (2003): „I'm a landless peasant, I've got land, but it's in the graveyard“. Venezuela: the promise of land for the people. In: www.venezuelanalysis.com, Übersetzung aus: *Le Monde Diplomatique*, Oktober 2003.

López Maya, Margarita (2003a): Hugo Chávez Frías, su movimiento y presidencia; in: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (2003): *La política venezolana en la época de Chávez*. Caracas, S.98-120.

López Maya, Margarita (2003b): Movilización, institucionalidad y legitimidad en Venezuela; in: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, Nr. 1/2003, S.211-226.

Márquez, Patricia (2003): ¿Por qué la gente votó por Hugo Chávez? In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (2003): *La política venezolana en la época de Chávez*. Caracas, S.253-272.

Medina, Medófilo (2003): Venezuela al rojo entre noviembre de 2001 y mayo de 2002. In: Medina, Medófilo/López Maya, Margarita (2003): *Venezuela: confrontación social y polarización política*. Bogotá, S.7-135.

Parker, Dick (2003): ¿Representa Chávez una alternativa al neoliberalismo? In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, Nr. 3/2003, S.83-110.

Roberts, Kenneth (2003): Polarización social y resurgimiento del populismo en Venezuela. In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (2003): *La política venezolana en la época de Chávez*, Caracas, S. 75-95.

Tezko Lee, Elí (2004): El Petróleo y las elecciones de 1998. In *VEA*, 23.2.2004, Caracas.